



Bislang gilt die Sprechweise, dass die DBU die Gebäude auf dem Stegskopf verfallen lassen will. Harry Neumann plädiert allerdings trotzdem für eine Übertragung, glaubt er doch an die Gesprächsbereitschaft der Stiftung.

Foto: Archiv

## „Das fällt alles zusammen“

**EMMERHAUSEN** Stegskopf: Harry Neumann warnt vor Risiken / Rathaus reagiert besonnen

*Die Daadener Verwaltung weiß um mögliche Risiken. Ihre Position: Entscheidend ist, wie man damit umgeht.*

damo ■ Die Entscheidung rückt näher: Am 26. März tagt der Gemeinderat Emmerhausen, und an diesem Abend wird das Gremium darüber abstimmen, wie es auf dem Stegskopf weitergeht. Nutzt die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht – oder überlässt sie das Lager der Deutschen Bundesstiftung Umwelt? Vor dem richtungweisenden Beschluss meldet sich einer zu Wort, der selbst nicht entscheiden darf: Harry Neumann. Aber der Landesvorsitzende der Naturschutzinitiative und Sprecher von Pollichia bringt im Gespräch mit der SZ eine andere Variante ins Spiel.

So ist Neumann davon überzeugt, dass eine Übertragung an die DBU die beste Lösung wäre. Damit blieben die Risiken beim Bund, und zugleich sei gewährleistet, dass keine Konflikte mit dem Nationalen Naturerbe und den umliegenden Schutzgebieten entstehen.

Dass zumindest bei der Infoveranstaltung in Daaden eine übergroße Mehrheit die Übertragung an die DBU abgelehnt hat, weil diese angekündigt hat, auf den „naturnahen Abbruch“ zu setzen (sprich: die Gebäude verfallen zu lassen), weiß natürlich auch Neumann. Er geht aber davon aus, dass die DBU gesprächsbereit ist.

„Wenn man das Nationale Erbe erlebbar machen will, muss man auch entsprechende Strukturen schaffen“, sagt Neumann, „und das weiß auch die DBU“. Vorausgesetzt, dass alle Akteure mit einer Zunge sprechen, werde es möglich sein, die DBU zu überzeugen, zum Beispiel ein Infozentrum zu etablieren und die Nut-

zung einzelner Gebäude durch Vereine oder Gruppen zuzulassen.

Bislang hat darauf allerdings nichts hingedeutet. Bereits im Januar 2017 hatte die DBU kategorisch ausgeschlossen, in die Infrastruktur zu investieren. Und bei der Infoveranstaltung in der vergangenen Woche hieß es wiederholt, dass die DBU keinerlei Interesse an den Gebäuden habe und diese verfallen lassen wolle.

Dennoch wäre die Ortsgemeinde Emmerhausen aus Neumanns Sicht gut beraten, eine alternative Lösung mit der DBU zu suchen – denn er warnt die Kommune eindringlich davor, sich unabsehbare Risiken ans Bein zu binden. Und diese werde eine Übernahme des Lagers beinahe zwangsläufig mit sich bringen.

Neumann sieht etliche Schwierigkeiten auf die Ortsgemeinde zukommen. „Deshalb war das, was in Daaden vorgestellt worden ist, auch kein belastbares Konzept“, mahnt er: „Das fällt alles in sich zusammen, und die Investoren werden abspringen.“

Neumann geht nicht davon aus, dass sich in unmittelbarer Nähe zu geschützten Flächen ein „riesiges Gewerbegebiet“ verwirklichen lässt. Auch mit den Vorgaben des Regionalen Raumordnungsplans sei dieses Vorhaben nicht in Einklang zu bringen: Dort sei das Areal als Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz, Erholung und Tourismus ausgewiesen.

Das ist aber aus Neumanns Sicht nicht das einzige Problem. Er sieht im Boden einen gewaltigen Unsicherheitsfaktor schlummern: „Da muss man mit riesigen Altlasten rechnen.“ Tankstellen, Öllager, Werkstätten und Schießanlagen der Franzosen: All das habe seine Spuren hinterlassen.

Auf der Basis dieser Risiken malt Neumann den Teufel an die Wand: Am Ende bleibe die Gemeinde auf einem belasteten Areal sitzen, das sich nicht vermarkten

lässe. Und von der BImA als Vorbesitzerin sei keine finanzielle Hilfe zu erwarten: Zwar müsse die BImA für die Kosten gerade stehen, die von Altlasten verursacht werden – aber die Haftungssumme sei gedeckelt. Und zwar auf 90 Prozent des Kaufpreises. Sollte am Ende wirklich ein symbolischer Preis von 1 Euro im Kaufvertrag stehen, würde die BImA exakt 90 Cent beisteuern, um die Altlasten zu beseitigen.

Das bestätigte auf Nachfrage der SZ auch Helmut Stühn aus dem Daadener Rathaus. Dieses 90-10-Modell praktiziere die BImA grundsätzlich, und die Behörde habe sich nicht überzeugen lassen, davon abzurücken. „Wir haben noch keinen Hebel gefunden“, sagte Stühn. Aber man wisse natürlich um dieses Risiko, und das bedeute zweierlei: Zum einen, dass es selbstredend in den Abwägungsprozess einbezogen werde; zum anderen, dass die Gemeinde versuche, in den Vertragsgesprächen mit potenziellen Investoren eben dieses Risiko weiterzugeben.

Revikon, der Investor für einen Logistikpark, habe die Bereitschaft artikuliert, das Risiko der Altlasten zu tragen; mit den Investoren für ein lokales Konzept werde darüber noch gesprochen. Letztere würden nach Stühns Einschätzung übrigens deutlich geringere Gefahr laufen, auf unbedeckte Altlasten zu stoßen: Beim Bau eines Logistikzentrums würde es viel tiefere Eingriffe ins Erdreich geben.

Auch das planungsrechtliche Risiko habe man selbstverständlich im Blick, sagte Stühn: „Wir denken in Szenarien.“ Und so werde auch dieser Punkt bei den aktuellen Überlegungen, aber auch bei möglichen Verhandlungen mit Partnern berücksichtigt.

Abschließend stellte er aber noch einmal klar, dass noch gar nichts fix sei – schließlich sei ja nicht einmal entschieden, ob die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht nutzt, betonte Stühn.